

# Der Saar-Bergknappe

Organ des Gewerkvereins christl. Bergarbeiter Deutschlands für das Saargebiet

Erscheint jeden Samstag für die Mitglieder gratis. — Preis für die Jahrestellenabonnenten 3.— Fr. monatlich ohne Votenlohn. für die Postabonnenten 15.— Fr. vierteljährlich.

Für wirtschaftliche u. geistige Hebung des Bergarbeiterstandes

Geschäftsstelle des „Saar-Bergknappen“: Saarbrücken 2, St. Johanner Straße 49. — Fernsprech-Anschluß: Amt Saarbrücken, Nummer 1530, 1062, 2003, 3194

## Nicht verblüffen lassen! Einige Bemerkungen

Der Reichstag nahm, bevor er in die Osterferien ging, das sogenannte Arbeitszeit-Motgesetz mit knapper Mehrheit an. Für das Gesetz stimmten 196 Abgeordnete und 184 dagegen. Wenn die Opposition noch 13 Stimmen aufgebracht hätte, wäre das Gesetz zu Fall gekommen.

Das Arbeitszeit-Motgesetz ist als Zwischenlösung gedacht. Im kommenden Arbeitsschutzgesetz soll die Arbeitszeit ihre genaue Regelung finden. Die eingerissenen Verhältnisse, wie Ueberstunden und Ueberschichten über das normale Maß hinaus, Nichtbezahlung der über acht Stunden hinaus geleisteten Mehrarbeit, drängten auf eine Zwischenlösung, zumal die Arbeitslosenfrage mit der Arbeitszeitfrage zusammenhängt.

Die gefundene Zwischenlösung entspricht gewiß nicht den Wünschen und Forderungen der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Wenn die aus ihren Reihen stammenden Abgeordneten dem Gesetz zustimmten dann aus der Ermägung heraus, daß es immer besser ist, einen Sperling in der Hand als eine Taube auf dem Dache zu haben. So wie die Verhältnisse zur Zeit liegen, war nicht mehr zu erreichen.

Im Interesse der Arbeiterschaft mußten daher die den christlichen Gewerkschaften angehörenden Abgeordneten für das Gesetz stimmen.

Im Lande drangen entfalten nun die Sozialdemokraten im trauten Verein mit den Kommunisten eine wüste Hege gegen die christlichen Gewerkschaften und ihre Führer. Man sagt, daß die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften von ihren Führern im Stiche gelassen worden seien, und die Sozialdemokraten im Reichstag die Interessen der christlichen Arbeiter hätten wahrnehmen müssen. Hier merkt man die Absicht und man wird verstimmt. Nach der alten Regel,

„die Mitglieder streicheln und die Führer vor den Bauch treten“,

spekulieren die Genossen auf billige Agitationserfolge. Sie wandten nach langen Jahren im Reichstage mal wieder die „geschelte“ Taktik der „Alles- oder Nichts-Politik“ an. Hauptsächlich aus Furcht vor den Kommunisten, die ihren Bruder zur Rechten gar arg bedrängen. Nunmehr möchten die Herren Genossen auch noch gerne im Trüben fischen, weshalb sie die Hege gegen die Führer der christlichen Gewerkschaften entfalten. — Diese

### Haltung der Sozialdemokraten

ist geradezu lächerlich. Warum sind sie denn aus der Regierung gelaufen? Weil sie es so für besser finden, andere, die ihrer Pflichten gegenüber Volk und Arbeiterschaft sich noch bewußt sind, die Verantwortung für unabwendbare Dinge tragen zu lassen. Wenn es den Herren Genossen so ernst war mit ihrer Opposition gegen das Gesetz, dann konnten sie dieses mit gutem Willen zu Fall bringen. Sie und die Kommunisten brauchten doch nur noch 13 ihrer Abgeordneten herbeizurufen

und schon war das Gesetz gefallen.

Die Verhältnisse im Reichstag waren doch so geklärt, daß mit dem Fehlen eines guten Teiles der Rechts-Abgeordneten zu rechnen war. Denen gingen nämlich die Bestimmungen des Gesetzes zu weit, weshalb sie sich vor der Abstimmung drückten. Dagegen konnten sie nicht stimmen, weil die politische Konstellation ihren Fraktionen es nicht ratsam erscheinen ließ, geschlossen gegen das Gesetz zu stimmen. Auch der größte Teil der Demokraten sowie die Wirtschaftspartei haben nicht aus Liebe zur Arbeiterschaft gegen das Gesetz gestimmt, sondern allein aus dem Grunde, weil es ihnen zu weit ging. Die Sozialdemokraten und Kommunisten wiederum geben an, gegen das Gesetz gestimmt zu haben, weil es nicht weit genug ginge. Zu

Fall haben sie es aber nicht gebracht, was doch im Bereich ihrer Möglichkeit lag.

### Und warum nicht?

Weil sie sich innerlich sagten, daß nicht mehr zu erreichen war und das Gesetz den Arbeitern doch etwas bietet. Und dazu wollten sie sich noch die Gelegenheit einer billigen Agitationsmache gegen die christlichen Gewerkschaften nicht entgehen lassen.

So und nicht anders ist das Verhalten der Sozialdemokraten zu werten. Unsere Mitglieder dürfen sich durch das im Lande herrschende Geschrei der Sozialdemokraten und Kommunisten nicht blüffen lassen. Ihre Führer haben so gehandelt, wie es ihnen das Interesse der Arbeiter zur zwingenden Pflicht machte. Kollege Otte vom Gesamtverband teilt den Nagel auf den Kopf, wenn er im „Deutschen“ vom 15. April bei einer Betrachtung über das Verhalten der Sozialdemokratie u. a. schreibt:

„Es wäre für die Mitglieder der christlich-nationalen Arbeiterbewegung im Reichstag sehr bequem gewesen, einfach für den Antrag der Sozialdemokraten zu stimmen und jede Diskussion über andere Möglichkeiten abzulehnen. Die Folge davon aber wäre gewesen, daß

überhaupt nichts zustande gekommen wäre.

Eine solche Haltung der Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Reichstage wäre gewiß bequem, aber in Wirklichkeit würde sie Verrat an den Arbeiterinteressen bedeuten haben“.

Recht deutlich wird das sonderbare Verhalten der Sozialdemokraten auch vom Kollegen Stegerwald in der R. B. (Nr. 275) beleuchtet. In einer längeren Darlegung des Sachverhaltes bemerkt er:

„In der Reichstags-Sitzung vom 2. April hat Schreiber dieses (Stegerwald, die Red.) auseinandergesetzt, daß das verabschiedete Arbeitszeit-Motgesetz auch dann nicht hätte besser gestaltet werden können, wenn es anstatt von der gegenwärtigen Koalition, von der

großen Koalition einschließlich der Sozialdemokratie erledigt worden wäre. Hier hat der Sozialdemokrat Sollmann den Zwischenruf gemacht:

Darum sind wir nicht in die Koalition hineingegangen.

Wenn dem so ist, dann hat die sozialdemokr. Agitation sich das Recht verwirkt, den christlichen Arbeiterführern Vorhaltungen darüber zu machen, daß das Gesetz nicht besser gestaltet werden konnte“.

Ganz unsere Meinung. Wer nicht den Mut zur Verantwortung aufbringt, soll sich nicht so sehr an den Laden legen. In der Vorkriegszeit arbeitete die Sozialdemokratie ja auch nach der Methode:

Alles oder nichts.

Die Fortschritte sozialpolitischer Art, die damals unter aktiver Mitwirkung der christlichen Abgeordneten zustande kamen, verdammt sie in Grund und Boden. Im Kriege aber, als sie „hoffähig“ geworden war, da rief sie den Arbeitern zu, doch auszuhalten, da sie viel zu verteidigen hätten, denn ihr Vaterland marschierte an der Spitze in sozialpolitischer Hinsicht. Es wandeln sich die Zeiten, mit ihr die Menschen, also auch die Sozialdemokraten. Sie haben erneut Agitationsbedürfnis, weshalb sie vor der Verantwortung sich drücken und das Gesetz schlecht machen müssen, auch wenn es den Arbeitern Verbesserungen bringt. Wir wollen aus diesem Verhalten die einzig richtige Schlussfolgerung ziehen:

Unsere Führer im Reichstag haben im Interesse der Arbeiter richtig gehandelt. Ihnen ist es zu danken, daß in der Arbeitszeitfrage ein Schritt nach vorwärts getan wurde, die Mehrarbeit eingeschränkt wird in Industrie, Handel und Gewerbe, und für die über 48 Stunden die Woche hinaus gehende Arbeitszeit ein angemessener Lohnzuschlag, in der Regel von 25 Prozent, gewährt wird. Mögen die Sozialdemokraten und Kommunisten loben wie sie wollen, uns machen sie nicht irre in der Treue zu unserer Gewerkschaftsbewegung.

## Stellungnahme des Gewerkvereins zu wichtigen sozialpolitischen und wirtschaftlichen Problemen

Für weiteren Fortschritt der Sozialpolitik — Für eine Hebung der Kaufkraft des Bergarbeiterstandes

Weite Kräfte des deutschen Volkes sind eifrig bemüht, den sozialdemokratischen Fortschritt zu hemmen oder gar eine Rückwärtsentwicklung zu erreichen. In der Presse, in Zeitschriften, in den Parlamenten suchen sie ihren Standpunkt zu begründen und durchzusetzen. Wissenschaftler und Syndikis sind eifrig dabei, der Öffentlichkeit weiß zu machen, daß die Sozialpolitik Deutschlands übertrieben sei und die Wirtschaft unter der „Belastung“ fast zusammenbräche. Das Spleißbürgertum fällt natürlich darauf herein und tut mit in das Horn derer, die den sozialpolitischen Rückschritt wollen. Es wird gar viel auf Amerika verwiesen, das keine Sozialversicherung kenne, und wo der Arbeiter selbst für sich sorgen müsse. In Deutschland nähme man dem Arbeiter die Eigenpflicht, selbst für sein Schicksal und Fortkommen in Tagen der Krankheit, des Alters, der Invalidität usw. zu sorgen, hinweg und belaste damit die Wirtschaft. Der Öffentlichkeit wird natürlich verschwiegen, daß der Arbeiter in Amerika das vier- bis sechsfache dessen verdient, was ein deutscher Arbeiter erhält und die ganzen Voraussetzungen wesentlich anders sind wie in Deutschland.

Neben dem versuchen dieselben Kreise die Auffassung der Öffentlichkeit beizubringen, der deutschen Wirtschaft ginge es besonders schlecht. Es wird da in „Zweckpessimismus gemacht“, um zu zeigen, daß eine Kürzung der Arbeitszeit und eine Erhöhung der Löhne von der deutschen Wirtschaft nicht getragen werden könne. Die Arbeitslosenjahre werden mißbraucht, um den schlechten Stand der Wirtschaft zu „beleuchten“.

Diesem Zweckpessimismus muß die Arbeiterschaft mit aller Kraft entgegenarbeiten. Der Wirtschaft geht es längst nicht so schlecht wie ihre Schrittmacher und Nachläufer der Welt kund tun. Auf Kosten der Arbeiterschaft und des Mittelstandes will die Wirtschaft ihr Schicksal ins Trockene bringen. Die Vorteile der Nationalisierung will sie einheimen, während die Nachteile allein von der Arbeiterschaft getragen werden sollen.

Um zu diesen wichtigen Fragen Stellung zu nehmen, tagte am 12. und 13. April

### eine Reichskonferenz des Gewerkvereins

in Essen. Sie war aus allen Teilen des Reiches mit Einfluß des Saargebietes besucht und wurde vom Vorsitzenden des Gewerkvereins, Kameraden Heinrich Imbusch, geleitet. Die grundlegenden Referate über Wesen und Aufgaben der deutschen Sozialpolitik und die Wirtschaftslage und die Lage der Arbeiter“ hielten die Kollegen Otte und Adolph vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften. Recht eingehend sprach sich die Konferenz über diese Fragen aus, wobei der Wille klar zum Ausdruck gebracht wurde, die Sozialpolitik weiter voran zu treiben und dem Arbeiter das aus dem Ertrage der Wirtschaft zu sichern, was ihm gerechterweise zusteht und von der Wirtschaft ohne die geringste Schädigung getragen werden kann. Aber auch das wurde zum Ausdruck gebracht, daß das Vorgehen der Unternehmer die wirksamste Unterstützung durch die Arbeiter findet, die der Gewerkschaftsbewegung fern liegen, da

logar bekämpfen, wie das die Gelben und Kommunisten tun.

Wie der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter zu den zur Debatte stehenden Fragen steht und wie er zu handeln gedenkt, geht aus den beiden Entschliessungen hervor, die wir nachstehend zur Kenntnis bringen. In ihrem Sinne muß unsere ganze Mitgliedschaft tätig sein.

### 1. Gewerkverein und Sozialpolitik

„Die Vertretungskonferenz des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands bekennt sich zum Gedanken einer sozialen, die Lage der arbeitenden Volksschichten verbessernden und damit zugleich dem Gesamtleben des deutschen Volkes dienenden Sozialpolitik. In den neuerdings wieder häufiger öffentlich hervortretenden Strömungen gegen gesetzliche soziale Maßnahmen in Arbeitgeberkreisen kommt eine Einstellung zum Ausdruck, die zurück will zum sogenannten freien Spiel der Kräfte und frei sein möchte von staatlichen Bindungen im Wirtschaftsleben. Demgegenüber betonen die Versammelten angesichts der immer mehr in die Erscheinung tretenden Mechanisierung und Rationalisierung der Wirtschaft, die gleichzeitig verbunden ist mit härteren Kartellierungen und monopolartigen Zusammenschlüssen, die vermehrte Notwendigkeit staatlicher Eingriffe in das Wirtschaftsleben und sozialer Maßnahmen, die den Schutz der wirtschaftlich Schwächeren und eine entsprechende Fürsorge gewährleisten.“

Insbesondere fordern die Versammelten eine den wirtschaftlichen Fortschritten und sozialen Bedürfnissen gerecht werdende Arbeitszeitregelung. Die Schwere und Gefahr der bergmännischen Arbeit muß dabei — durch Einführung einer Siebentstundenschicht unter Tage — besondere Berücksichtigung erfahren. Die numerisch lange Zwölfstundenschicht in den durchgehenden Tagesbetrieben muß möglichst bald beseitigt werden. Eine sobaldige Verabschiedung des Arbeitsschutzgesetzes und eine den Bedürfnissen und Verhältnissen des Bergmannsberufes gerechtwerdende Regelung der Schutzfragen für die Bergarbeiter in einem besonderen Reichsgesetz entspricht einem dringenden Bedürfnis.

Die bevorstehende Regelung der Arbeitslosenversicherung muß vor allen Dingen auf der Basis einer wirklichen Selbstverwaltung und einer organischen, den Zustanzenweg vereinfachenden Verbindung der Organe der Arbeitsvermittlung mit denen der Arbeitslosenversicherung erfolgen. Ebenfalls fordert die Konferenz eine Verbesserung der in dem Entwurf der Regierung vorgesehenen Leistungen.

Den auf einer Reihe von Gebieten verstärkt hervor-

tretenden sozialen Schäden infolge der wirtschaftlichen Konzentration und Rationalisierung muß die Sozialpolitik vermehrt entgegenwirken. Neben vorbeugenden Maßnahmen zum Schutze der Arbeitskraft, der Sicherung des Mißbrauchs des Lehrverhältnisses der Jugendlichen, insbesondere in industriellen Lehrwerkstätten, bleibt auch der Schutz und die Fürsorge für die Älteren, der Gefahr dauernder Arbeitslosigkeit ausgelegten Arbeiter eine besondere Notwendigkeit.

Gegenüber den Angriffen auf das staatliche Schlichtungswesen betonen die Versammelten die Notwendigkeit der Sicherung und Erhaltung desselben.

Ebenso wie für die Zukunft — in Verbindung mit der Selbsthilfe — ein wesentlicher Faktor der Sozialpolitik die Schöpfung des Reallohnes ist, ist eine entsprechende Sicherung der sozialen Rechtsbasis der Arbeiterschaft mittels ihrer Interessenvvertretung im Rahmen des Ausbaues des Arbeitsrechts ein Gebot der Gegenwart.“

### 2. Gewerkverein und Lohnbildung

„Der Stand der deutschen Wirtschaft rechtfertigt die Forderung nach einer Erhöhung der Kaufkraft der Löhne. Um dies Ziel zu erreichen, verlangen wir,

- 1. weitere angemessene Aufbesserung der Arbeiterlöhne;
- 2. eine allgemeine Senkung der Lebenshaltungskosten.

Es muß mit allem Nachdruck der verkehrten und verhängnisvollen Auffassung entgegengetreten werden, als ob die Erhöhung des Nominallohnes zur Erhöhung der Preise der Fertigfabrikate und Verbrauchsgegenstände führen müsse. Selbst wenn bei einigen Urprodukten die Lohngestaltung eine angemessene Preisermäßigung notwendig machte, brauchte dies nicht zu einer Verteuerung des Endproduktes zu führen. Die Rationalisierung ermöglicht es, diese immerhin verhältnismäßig geringe Produktionsverteuerung reichlich auszugleichen. Die weiterverarbeitende und Fertigwarenindustrie besitzt genügend Möglichkeiten, um diesen Ausgleich herbeizuführen. (Steuerverminderung, Herabsetzung der Frachtrate, Zinsverbilligung und Herabdrückung unproduktiver Kosten.) Gemessen an der allgemeinen Verteuerung hat die Kohle eine geringere Preissteigerung erfahren. Die Forderung auf Steigerung der Kaufkraft der Löhne liegt nicht nur im Interesse der Arbeitnehmer, sondern gleichermaßen im Interesse der ganzen Volkswirtschaft, die dringend eine Stärkung der Kaufkraft des Innenmarktes verlangt. Der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter wird seinen ganzen Einfluss zur Verwirklichung des Zieles: Stärkung des Reallohnes, geltend machen.“

knüpfen, die die nur politisch, nicht aber wirtschaftlich orientierte Abzählpolitik der französischen Saargruben zerrissen hatte. Fürwahr, ein lässliches Zeichen für das Office commerciale!

### Die Schwankungen in den Abzählverhältnissen

Spiegeln sich mehr oder minder in den Kohlenpreisen wider und mit dieser Bewegung der Kohlenpreise geht parallel die Lohnhöhe, d. h. werden bei sinkender Konjunktur die Preise ermäßigt, so werden auch die Löhne herabgesetzt, werden aber aus irgendeinem Grunde die Löhne erhöht, so erhöht sich gewöhnlich auch der Preis für die Kohle. Dieses wechselseitige Beeinflussen von Kohlenpreis und Lohn, welches letzterer ja in der Tat im Bergbau stark auf den Selbstkostenpreis der Kohle einwirkt, ist nicht unbedingt. Vielmehr gibt es hier manche Durchbrechungen. So war es z. B. vor allem das natürliche Monopol, das der Saarbergbau im Saargebiet hat, welches erreichte, daß der Preis für Gas-Stückkohlen von Mk. 14,60 — \$ 3,5 im Jahre 1914 auf Fr. 104, — = \$ 5,5 im Jahre 1924, also um 57 Prozent stieg, während der Netto-lohn im Durchschnitt Mk. 4,45 = \$ 1,05 im Jahre 1913 auf Fr. 21,50 = \$ 1,13 im Jahre 1924, also um 7 Prozent gestiegen ist. Die Steigerung der Löhne beträgt also nur 7 Prozent, wobei noch ausdrücklich auf die gesunkene Kaufkraft des Lohnes gegenüber der Vorkriegszeit hingewiesen werden muß, während die Kohlenpreise im Durchschnitt 52 Prozent gestiegen sind!

In Nordfrankreich waren dagegen in derselben Zeit die Löhne nur ganz wenig gestiegen, während die Gasstückkohlenpreise nur um 5 Prozent erhöht worden waren und die Koks-kohlenpreise gar um 13 1/2 Prozent gefallen sind. Schuld daran war die Konkurrenz der billigen Reparationskohle von der Ruhr. Die französischen Saargruben dagegen mißbrauchten ihre Monopolstellung, indem sie bei unterdrückter Konkurrenz, unbekümmert um die wirtschaftlichen Belange, die Preise beliebig festlegten. Volkswirtschaftliche (und hier besonders bedürfnispolitische Rücksichten) lenkt die französische Gruberverwaltung nicht, sie orientiert sich nur an den harten privatwirtschaftlichen Gesetzen und stellt sich damit in bewußten Gegensatz zu der früheren preuß.-sied. Politik. Ja, es kam sogar so weit, daß sich die Bodenständigkeit der Saarbergleute um die sich der preußische Friskus so große Verdienste erworben hat, unter französischer Verwaltung oft als Kessel auswirkte, insofern nämlich die französische Gruberverwaltung — nachdem ihr einmal klar geworden war, daß sie keine Propaganda für den Ansehlichkeit an Frankreich mehr zu machen brauche — willkürlich schalten und walten konnte, ohne befürchten zu müssen, daß der fest mit seiner heimatischen Scholle verwachsene Saarbergmann Haus und Hof verläßt, um sonstwo bessere Arbeitsbedingungen aufzusuchen. Daß dieser nicht ganz rechtlos geworden ist, hat er den beiden Gewerkschaften zu verdanken, die in einer Einheitsfront zusammengeschlossen machtvoll seine Interessen wahrnehmen und er hat auch für die nächste Zukunft, die, nach den aufgezeigten Tendenzen zu schließen, wohl kaum große Änderungen in der Lohnpolitik der französischen Gruberverwaltung bringen werden, in seiner Gewerkschaft den besten Verwalter seiner Interessen.

### Erfolgreicher Vorstoß in Oberschlesien

Das ober-schlesische Kohlengebiet wurde nach der Abstimmung, die nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages stattfinden mußte, geteilt. Der weitaus größte Teil fiel an Polen. Von der Größe des ganzen ober-schlesischen Steinkohlengebietes gibt allein schon die Belegschaftszahl Kenntnis, die im ersten Vierteljahr 1914, nach der amtlichen Nachweisung im „Deutschen Reichsanzeiger“, vorhanden war. In diesem Vierteljahr betrug die Belegschaftszahl 138 398. Nicht ganz ein Drittel des wertvollen Kohlengebietes verblieb bei Deutschland. Die im deutsch-oberschlesischen Kohlengebiet beschäftigte Belegschaftszahl betrug im letzten Viertel 1926 43 087.

Die Förderung im Jahre 1926 betrug 17 454 220 Tn. Nach Belegschaftszahl und Förderung rangiert dieses Kohlengebiet in Deutschland immer noch an zweiter Stelle. In punkto Entlohnung jedoch an zweitletzter Stelle, obgleich kein Kohlengebiet so günstige Flözverhältnisse wie das ober-schlesische zu verzeichnen hat. So betrug der Durchschnittslohn im vierten Viertel 1926 nur 5,70 Mk. gegen 7,78 Mk. im Ruhrgebiet, 7,75 Mk. am linken Niederrhein und 7,09 Mk. bei Aachen. Im ober-schlesischen Kohlengebiet herrschte auch eine längere Arbeitszeit als im Ruhrgebiet. So betrug die Schichtzeit unter Tage bis Ende Februar ds. Jrs. noch achteinhalb Stunden.

Zweifelsohne wären die Verhältnisse für die Arbeiterschaft in diesem Bergbaugebiet bessere, wenn sie kräftiger organisiert wären. Seit jeder war in Oberschlesien kein günstiger gewerkschaftlicher Boden. Nur mühsam fand der Gewerkverein Eingang, der von allen Seiten härteste Bekämpfung erfuhr. Nach Kriegsende wurde auch hier der weitaus größte Teil der Arbeiter über-radikal. Später folgte die Zeit des verheerenden Terrors, so daß die Ausbreitungsversuche

## Die Lohnpolitik auf den Saargruben

Unter Preussisch-fiskalischer und unter französischer Verwaltung.

II.

Waren also schon in den letzten Kriegsjahren und in der ersten Nachkriegszeit gewisse Änderungen im Lohnsystem eingetreten, die die Not der schweren Zeit erheischten, so sollten nunmehr mit dem Uebergang der Saargruben an den französischen Staat die letzten Ueberbleibsel der Lohnpolitik des preussischen Fiskus verschwinden und ein ganz anderes System, dem früheren gerade entgegengesetzt, sollte Platz greifen. Zwar zeigte die Lohnbewegung auch nach Uebernahme der Gruben durch den französischen Fiskus noch die aufsteigende Linie, doch darf man bei Betrachtung dieser Lohnziffern nicht vergessen, daß damals schon die Kaufkraft der deutschen Mark bedeutend geschwächt war, so daß der tatsächliche Lohn, der Reallohn, um ein Erstaunliches niedriger war, als man damals glaubte. Aber immerhin konnte dieser Lohn noch als relativ günstig bezeichnet werden. Dazu kam noch die Gewährung von Lebensmitteln, die die französische Gruberverwaltung in reichlichem Maße und zu sehr niedrigen Preisen an die Bergleute abgab und die in Wirklichkeit einer Lohnhöhung gleichkam. Leider sollte diese Vergünstigung nicht lange währen. Denn es zeigte sich bald, daß diese Lebensmittelgewährung nicht etwa aus der Absicht geboren war, den Arbeitern und ihren Familien, die unter den Entbehrungen des Krieges sehr gelitten hatten, unter die Arme zu greifen, nein, sie war nur ein Akt kühler Berechnung. Man wollte die Bergleute für jene politischen Ziele gewinnen, von denen der zweite Bericht der französischen Deputiertenkammer bei dem Gesehberatungsentwurf betz. Schaffung eines „Office des Mines Domaniales du Bassin de la Sarre“ sagt:

„Es darf nicht aus dem Auge verloren werden, daß von dem Regime, das den Saargruben gegeben werden wird und der Politik, die wir dort befolgen werden, zum großen Teil der Ausfall der Volksabstimmung abhängen wird, durch die die Bevölkerung im Jahre 1935 sich über ihr Schicksal ausprechen soll.“

Und das Mittel zur Erreichung einer (natürlich für Frankreich) günstigen Abstimmung sah die französische Verwaltung der Gruben in der Einführung des Franken und der damit verbundenen Los-trennung von Deutschland und der engen Verflechtung mit Frankreich, kurz der sog. „westlichen Orientierung“. Trotz des ablehnenden Verhaltens der christlichen Organisationen wurde der Franken am 1. Juni 1920 auf den Saargruben doch eingeführt, nachdem

vorher der Bevölkerung mit allen Mitteln der Glaube suggeriert worden war, der Franken sei wertbeständig. Daß bei dieser „Wertbeständigkeit“ aber die französischen Banken ihre Rücklagen in Dollars, Pfund-Sterling usw. anlegten, wurde nicht verraten. Daß die Bergleute selber den Franken schließlich nahmen, ist menschlich allzusehr verständlich, brachte er ihnen doch eine Steigerung ihres Lohnes.

Gleich mit der Einführung des Franken im saarländischen Bergbau mußten die Bergleute zu ihrem Leidwesen die andere Seite dieser Politik erfahren. Es verschwand vor allem die Gewährung von Lebensmitteln zu billigen Preisen, trotzdem sich die Arbeiterorganisationen für ihre Beibehaltung einsetzten. Und nun macht sich die neue Lohnpolitik in aller Schärfe bemerkbar: Wurden, wie wir im ersten Teil dieses Artikels dargelegt hatten, die Löhne unter preussisch-fiskalischer Verwaltung möglichst stabil gehalten, so trat jetzt die entgegengesetzte Tendenz auf, die Löhne paßten sich den Marktverhältnissen an und machten demgemäß alle Schwankungen auf dem Markt mit. Als z. B. 1921 starke Abzählstodungen eintraten infolge der unseligen, politisch beeinflussten Abzählpolitik, durch die die Gruben manches ihrer früheren Abzählgebiete verloren (so vor allem Deutschland, das infolge der großen Spannung zwischen Mark und Franken keine saarländischen Kohlen mehr kaufen konnte), da war ein Preisabbau nicht mehr zu umgehen.

Von diesem Preisabbau wurden sofort die Löhne empfindlich beeinflusst; es traten Lohnreduzierungen und auch Feiertagslöhnen ein.

Besonders diese Feiertagslöhnen, von denen später öfters zwei im Monat eingelegt wurden, wirkten sehr ungünstig auf die Lohnhöhe ein. Diese Tendenz, bei zurückgehender Konjunktur Lohnreduzierungen und Feiertagslöhnen je nach Bedarf einzuführen, gilt in ihrer ganzen Rücksichtslosigkeit, die sich nur an privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten orientiert, auch heute noch.

Als im Jahre 1922 alle Lohnreduzierungen und die vielen Feiertagslöhnen nichts mehr fruchteten wollten, da trug man sich mit dem Gedanken, Bergleute abzulegen. Davon sollten besonders die reichsdeutschen Arbeiter, die „Saargänger“, die außerhalb des Saargebiets wohnen, betroffen werden. Diese große Gefahr der Arbeitslosigkeit für eine hohe Zahl von Bergleuten wurde nur beschworen durch die Bemühungen der Bergarbeiterorganisationen, die erreichten, daß Deutschland sich bereit erklärte, monatlich ca. 300 000 Tonnen Kohlen abzunehmen. Die Gewerkschaften mußten also in Zeiten der Not die Häden wieder-

des Gewerkevereins nicht in der richtigen Weise sich auswirken konnten.

In der letzten Zeit geht es in gewerkschaftlicher Hinsicht wieder voran. Dem alten Stamm des Gewerkevereins gesellen sich neue Streiter bei. Das regere gewerkschaftliche Leben erst schafft die Voraussetzung, zu Verbesserungsanstrengungen auszuholen zu können. Als Großziel wurde die Aenderung des Manteltarifes und die Verkürzung der Arbeitszeit ins Auge gefaßt.

Das Unternehmertum aber verhielt sich ablehnend. So wurden denn die Parteien zu Verhandlungen ins Arbeitsministerium in Berlin am 22. Februar bestellt. Dort sollte der Streit um Manteltarif und Arbeitszeit erledigt werden. Die Unternehmer wollten die Beilegung nach ihrer Meinung, und in keine Verkürzung der Arbeitszeit einwilligen. Als so zu keinem Ergebnis zu kommen war, mußte eine Schlichterkammer gebildet werden. Nach schwierigen Verhandlungen wurde folgender Spruch gefällt:

1. Die Schlichterkammer hält eine Verkürzung der bisherigen Mehrarbeitszeit im ober-schlesischen Steinkohlenbergbau auf die Dauer für geboten, und zwar für die Untertagearbeiter mit dem Endziel einer Verkürzung der Gesamtschichtdauer um eine halbe Stunde bis auf acht Stunden. Sie glaubt, diese Verkürzung jedoch nicht auf einmal, sondern nur in Zeitabschnitten vorzunehmen zu können, und schlägt daher den Parteien folgende Regelung der Mehrarbeit vor:

Die zum 28. Februar 1927 gefälligten Vereinbarungen über die Verlängerung der Arbeitszeit im Steinkohlenbergbau unter Tage vom 18. Dezember 1923 und 31. Dezember 1923 werden mit der Maßgabe wieder in Kraft gesetzt, daß vom 1. März 1927 an:

- a) die Arbeitnehmer unter Tage im Anschluß an die regelmäßige Schicht Heberarbeit derart leisten, daß die Gesamtschichtdauer vom 1. März 1927 an vom Beginn der Seilfahrt bis zu ihrem Wiederbeginn 8 1/2 Stunden, vom 1. September 1927 an acht Stunden beträgt.
  - b) an Sonnabenden in nicht durchlaufenden Betrieben über Tage die reine Arbeitszeit acht Stunden beträgt,
  - c) an Sonnabenden in durchlaufenden Betrieben über Tage eine Schichtverkürzung nicht eintritt. Die hier über acht Stunden hinaus tatsächlich geleistete Arbeit gilt als Heberarbeit im Sinne des § 3 des Manteltariftvertrages,
  - d) die im Schiedspruch vorgeschlagene Verkürzung der Arbeitszeit eine Lohnherabsetzung — berechnet auf die Schicht — nirgends zur Folge hat.
2. Diese Regelung ist erstmalig am 1. März zum 31. März 1928 kündbar.
3. Der Manteltarif wird vom 1. März 1927 an wieder in Kraft gesetzt; er ist erstmalig zum 31. März 1928 kündbar.
4. Für den ober-schlesischen Erzbergbau tritt die gleiche Regelung ein.
5. Die Parteien wollen sich bis zum 27. Februar 1927 gegenseitig und dem Reichsarbeitsministerium gegenüber über die Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches erklären. (gez.) Dr. Brahn.

Protokollnotiz: Die Tarifparteien sind darüber einig, daß über die kritischen Fragen des Manteltarifes im Laufe des Monats März im Revier verhandelt wird.

Durch diesen Schiedspruch ist im ober-schlesischen Bergbau in der Arbeitszeitfrage eine Breishe geschaffen. Zunächst wurde die Schichtzeit um 1/2 Tage ab 1. März 1927 um eine Viertelstunde, und dann wird sie ab 1. September 1927 um eine weitere Viertelstunde gekürzt, so daß vom letzteren Datum ab die achtschündige Arbeitszeit unter Tage gilt. Der Manteltarif wurde ab 1. März wieder in Kraft gesetzt.

Bei richtiger Würdigung der Verhältnisse in Oberschlesien ist der Schiedspruch ein annehmbarer Erfolg für die Arbeitererschaft. Möge sie endlich einsehen, daß sie nur dann vorankommt und die schlechten Verhältnisse überwinden wird, wenn sie der Gewerkschaftsbewegung in Oberschlesien eine feste Position baut.

### Ergebnis der Betriebsrätewahlen im Ruhrbergbau

In diesem Jahr war der Gewerkeverein auf 193 Schachtanlagen im Ruhrbergbau an den Betriebsrätewahlen beteiligt. Auf einigen Schachtanlagen im Bezirk Oberhausen ist nicht gewählt worden, weil erst vor kurzem Neuwahlen der Betriebsräte stattgefunden haben. Auf zwei Schachtanlagen im Bezirk Essen sind die Wahlen noch nicht erledigt. Auf den 193 Schachtanlagen haben 76,5 Prozent der Wahlberechtigten gewählt. Es wurden 277 952 gültige Stimmen abgegeben. Davon haben erhalten:

Gewerkeverein Christlicher Bergarbeiter Deutschlands	75 185	( 66 250)
Freie Gewerkschaften	184 062	(163 000)
Polnische Betriebsvereinigung	927	( 1 498)
Gewerkeverein S. D.	3 605	( 3 681)
Christliche Berufsverbände	269	( 251)
Syndikallisten	6 617	( 5 681)
Selbe, Unorganisierte usw.	7 287	( 5 931)

Die in Klammern eingeschlossenen Zahlen bedeuten die Stimmen von denselben Schachtanlagen bei den Wahlen im Jahre 1926. Danach hat der Gewerkeverein bei den diesjährigen Wahlen 8935 Stimmen gewonnen. Der Bergarbeiterverband hat mit den übrigen „Freien“ Gewerkschaften

21 002 Stimmen aufgenommen. Die Polnische Betriebsvereinigung und der Gewerkeverein S. D. haben etwas an Stimmen verloren. Die Syndikallisten haben 899 Stimmen gewonnen. In der den Selben zugerechneten Stimmenzahl sind die auf die Listen der verschiedenen gelben Gruppen, der Unorganisierten und der Gruppe der Freiwirtschaft entfallenden Stimmen enthalten.

Vergleicht man die Stimmenzahl des Gewerkevereins mit den Zahlen der Wahlen aus den zurückliegenden Jahren, so ergibt sich, daß die für den Gewerkeverein abgegebenen Stimmen langsam, aber stetig steigen. So ist auch das Ergebnis der diesjährigen Wahlen für den Gewerkeverein befriedigend. Die diesjährigen Betriebsrätewahlen haben erneut bewiesen, daß der Gewerkeverein dank seiner treuen Mitarbeiter trotz der großen Gegnererschaft sich nicht mehr zurückdrängen läßt.

Das Beachtenswerte bei den Wahlen ist noch, daß, wenn man auf den 193 Schachtanlagen die auf die Syndikallisten, Unorganisierten und Selben 13 904 entfallenden Stimmen von den 277 952 gültig abgegebenen Stimmen abzieht, für die Gewerkschaften 264 048 Stimmen verbleiben. Also sind von den 277 952 abgegebenen Stimmen 95 Prozent auf die vier Bergarbeiterverbände, und nur 5 Prozent auf die Syndikallisten, Selben und Unorganisierten entfallen. Dieses Ereignis ist der beste Beweis, daß das Gros der Bergarbeiter hinter den Gewerkschaften steht und von revolutionären Sozialisten und den gelben Werksgemeinschaften nichts wissen will.

### Ergebnis der Betriebsrätewahlen im Nacheiner Kohlengebiet

Bei der Betriebsrätewahl im Nacheiner Kohlengebiet wurden folgende Ergebnisse erzielt:

1. Gewerkeverein Christl. Bergarbeiter	6 698	(5 642) Stimmen
2. Verband der Bergarbeiter	9 250	(8 887) "
1. Gewerkeverein Christl. Bergarbeiter	62	( 53) Mandate
2. Verband der Bergarbeiter	99	( 101) "

Gegenüber der Wahl im vorigen Jahre steigerte der Gewerkeverein die Stimmenzahl um 1056 und die Mandatszahl um 9; der Bergarbeiterverband steigerte die Stimmenzahl um 563, wogegen sich seine Mandatszahl um zwei verminderte. Das Wahlergebnis kann für den Gewerkeverein als ein günstiges bezeichnet werden.

### Der Rechtsschutz im Jahre 1926

Wie in den vorhergehenden Jahren war auch 1926 der Rechtsschutz für die Mitglieder des Gewerkevereins sehr fruchtbar. In steigendem Maße wird die Rechtsschutzeinrichtung von den Mitgliedern in Anspruch genommen, ein Zeichen, daß sie erfolgreich arbeitet und das Vertrauen der Mitglieder genießt. Die Besucherzahl im Gesamtbereich des Gewerkevereins betrug im Jahre 1926 58 759 (davon entfallen auf das Saarrevier 13 698), im Jahre 1925 48 749 und im Jahre 1924 26 805. Gegenüber 1924 hat die Besucherzahl sich mehr als verdoppelt.

Der direkte Barerfolg konnte ebenfalls wesentlich gesteigert werden. Er betrug im Jahre 1926 im Reich 487 497,79 Mark gegen 330 906,58 Mark im Jahre 1925 und 233 057,71 Mark im Jahre 1924. Im Saarrevier betrug der direkte Barerfolg 1926 466 645,26 Franken, 1925 309 476,— Fr. und 1924 268 078,15 Fr. Allein in den drei letzten Jahren betrug

der direkte Barerfolg		
im Reich	1 051 462,08	RM.
im Saarrevier	1 044 199,41	Fr.

Ueber die Arbeit im einzelnen und die erzielten Erfolge orientieren die nun folgenden Tabellen:

Mündliche Auskünfte und Schriftsätze:		
Art des Rechtshutes	Auskünfte	Schriftsätze
Unfallversicherung	5 529	5 911
Knappschaftswesen	8 997	6 791
Invaliden- u. Hinterbliebenen-Versicherung	4 068	3 369
Arbeitsvertrag	4 188	2 840
Steuersachen	3 473	6 140
Zivilsachen	4 854	3 855
Krankenversicherung	1 687	1 372
Sonstiges	3 959	5 407
zusammen	36 483	35 705
davon im Saarrevier	7 445	9 756

Die sofortigen Barerfolge:		
Art des Rechtshutes	Mark	Franken
Unfallversicherung	88 504,33	106 350,29
Knappschaftswesen	181 370,54	15 674,87
Invaliden- u. Hinterbliebenen-Versicherung	60 287,61	14 815,—
Arbeitsvertrag	56 619,05	35 479,40
Steuersachen	30 712,06	127 796,45
Zivilsachen	30 739,60	71 977,15
Krankenversicherung	10 885,20	11 030,40
Sonstiges	28 379,40	84 521,70
zusammen	487 497,79	466 645,26

Von den erzielten Barerfolgen entfallen neben dem ganzen Frankenbetrag noch 3556,— Mark auf das Saarrevier.

Die bekannt gegebenen Zahlen reden von einer ungemein fleißigen Arbeit, die von den Rechtsschutzbüros geleistet wurde. Nehmen wir an, daß im Jahre an 250 Tagen Rechtsschutz erteilt wird, so entfallen im Jahre 1926 auf jeden Tag 235 Rechtsschutzfälle, 146 mündliche Auskünfte und 143 Schriftsätze. Wenn man daneben die geringe Anzahl von Beamten stellt, die für Rechtsschutzhilfeleistung in Frage kommen, so muß man sagen, daß sie durch die geleistete opfervolle Arbeit sich den Dank aller Mitgließer reichlich verdient haben. Und doch gibt es viele tüchtige Arbeiter, die sich vorzwindeln lassen, der Gewerkschaftssekretär führe auf Kosten laurer Arbeitergroßen ein „faules“ Leben! Wie das „faule“ Leben beschaffen ist, dafür geben obige Zahlen nur einen kleinen Einblick.

Zu beachten gilt, daß in den Barerfolgen sich nicht der Gesamterfolg ausdrückt. Die Höhe der erstrittenen laufenden Renten stellt oft das vielfache des Barerfolges dar. Sie kann aber nicht angegeben werden, weil sie statistisch nicht erfassbar ist. Außerdem gibt es immer noch viele Rechtsschutzsuchende, die nach einem erfolgreichen Streitfall dem Rechtsschutzbüro die erstrittene Summe nicht an geben.

Unsere Mitglieder müssen sich vorstehenden Bericht aufheben. Er bietet nämlich das beste Agitationsmaterial. Tausende Kameraden wären doch um ihr Recht gekommen, wenn ihnen der Gewerkeverein mit seiner Rechtsschutzeinrichtung nicht helfend zur Seite gestanden hätte. Und jeder Bergmann ist der Gefahr ausgesetzt, sein Recht beschnitten zu erhalten. Will er sich vor Nachteil schützen, dann bietet ihm die Mitgliedschaft beim Gewerkeverein die beste Möglichkeit dazu. Insbesondere muß das Material zur Aufklärung und Belehrung der Frauen dienen. Gerade ihnen kommen die Erfolge zugute. Sie sichern sich durch die Mitgliedschaft ihres Mannes einen Helfer, auch wenn dieser aus dem Leben geschieden ist. Gerade für die Hinterbliebenen verstorbenen oder tödlich verunglückter Kameraden haben die Rechtsschutzbüros bisher größte Erfolge erzielt. Wenn unsere Mitglieder so die Arbeit der Rechtsschutzbüros auswerten, dann muß es mit dem Gewerkeverein weiter voran gehen.

### Etwas über die Unorganisierten

Die Zahl der Unorganisierten (Horbüdel) ist immer noch viel zu groß. Besonders in der Industrie des Saargebietes ist ihre Zahl erschreckend hoch. Aber auch im Bergbau gibt es noch genug von diesen Spezies. Daß sie eine große Gefahr für den aufrechten Arbeiter bedeuten, unterliegt keinem Zweifel. Nur wird diese Gefahr zu wenig erkannt, weil andersfalls die Attacken zur Beseitigung der Unorganisierten öfter und nachhaltiger erfolgen müßten.

#### Welche Arbeiter bilden in der Regel den Trupp der Unorganisierten?

Nicht diejenigen, die schon von Haus schlecht gestellt sind, auch nicht solche, die eine große Kinderchar zu ernähren haben, auch nicht die, die vom Mißgeschick verfolgt werden, finden wir dort. Diese Arbeiter wissen, was der Gewerkeverein für sie bedeutet. Dagegen finden wir bei den Unorganisierten viele von denen, denen die Beitragszahlung längst nicht so schwer fallen würde. Zu großer Egoismus beherrscht diese Arbeiter. Sie denken nur an sich und versuchen durch Kriecherei einen Posten zu erlangen. „Postenjäger“ und „Speichellecker“ bezeichnet ja auch der Volksmund diese Sorte Arbeiter. Ihnen ist es gleich, ob sie die Sache ihrer Kameraden schädigen oder nicht, da sie kein Schamgefühl kennen. Wie mancher christliche Rumpel kam schon in „Druck“ infolge selbster Anschwärzerei durch solche Menschen. Sie versuchen auch immer, den Gewerkschaftsgedanken zu vereiteln durch bestehende Kritik und Besserwissen. Und leider fällt noch mancher Gewerkschaftler auf diese Methoden herein. Diese Arbeiter, die nur vom traffen Egoismus sich leiten lassen, sind die schlimmsten der Unorganisierten. Sie müssen gemieden werden, damit sie keine Gelegenheiten finden, noch Unheil zu stiften.

Eine weitere Gruppe der Unorganisierten bilden die „Rur-Sportmenschen“. Sie haben nur Sinn für „Muskelfragen“. Die Ziele und Bestrebungen des Gewerkevereins sind ihnen „Knuppe“. Hieran sind auch viele ältere Kameraden und solche Menschen schuld, die in den Sportvereinen etwas zu „vermelden“ haben. Die Verschimmelung, die den Sportmenschen widerfährt, muß ja dem Gedanken Raum geben, nun alles zu besitzen, was man fürs Leben braucht. Kommen dann im späteren Leben Schwierigkeiten, dann wird man „radikal“ und glaubt dann die Dinge meistens zu können.

Die böseartigste Gruppe bilden die „Verradikalisierten“. Sie beschäftigen sich in einer sehr linksstehenden Partei, wo alles Mögliche versprochen, die Hoffnung hochgeschraubt wurde und nur Enttäuschung folgte. Sie sind verblissen und ungläubig in die Aufstiegskraft der Arbeitererschaft geworden.

Wollen die Unorganisierten die Beilegung der Gewerkschaften?

Das wollen sie nicht, wie nachfolgender Vortrag drastisch beleuchtet. Als vor einigen Tagen ein Unorganisierter ein Mitglied des Gewerkschaftsvereins fragte, was es in der Versammlung gegeben habe, erwiderte dieser prompt: „Es wurde beschlossen, den Gewerkschaftsverein und den alten Verband aufzulösen“. Worauf der Unorganisierte sehr ruhig sagte:

„Das ist aber schade, das ist für uns nicht gut.“

Also: ein Unorganisierter ist ein Egoist, der ersten will ohne zu läsen. Er will nur sich dienen, darum bleibt er fern, aber er will nicht haben, daß die anderen auch fern bleiben sollen, weil er dann ja auch Schaden hätte.

Wir müssen uns nun die drei Gruppen von Unorganisierten scharf aufs Korn nehmen. Mit den Postenjägern wird ja nichts anzufangen sein; die Sorte läßt sie aus und müssen wir für ihre Isolierung Sorge tragen. Die „Rut-Sportsmenschen“ müssen wir zu überzeugen suchen, daß sie neben dem Sport auch an ihre Berufstragen denken müssen. Sport in gesundem Ausmaß ist notwendig, aber noch notwendiger ist die tätige Mitarbeit an der Besserung des Arbeiterlohes. Diese Besserung kann nur durch die Gewerkschaft erreicht werden. Davon müssen wir die jungen und alten Sportkameraden überzeugen. Und die letzte Gruppe? Wir dürfen sie nicht aus dem Auge lassen. Immer wieder müssen wir versuchen, sie aus ihrer heutigen Einstellung herauszureißen. Wir müssen ihnen zeigen, daß die Bäume nie in den Himmel wachsen, und es jäh und emsiger Arbeit sowie großer Opferbringung bedarf, um voran zu kommen oder sich zu behaupten. Dann noch eine Gruppe, die ich oben nicht anführte: die „Schlänen und Pfiffigen“. Dazu zählt der, der so erstmal bei der Antwort, die Gewerkschaften würden aufgelöst. Demen geht es um das „Sparen“ des Beitrages. Innerlich sind sie überzeugt von der Notwendigkeit und Nützlichkeit der Organisation. Nur sie möchten nicht dabei sein und lassen andere es machen. Sie spielen auch noch gerne den „Anständigen und Biederermann“. Womit sie dann so manchen täuschen und es gar soweit bringen, daß sie noch von Organisierten im Gemeindeleben auf Ehrenposten gebracht werden. Diese Sorte müssen wir uns besonders merken. Wollen sie nicht mitmachen und Beiträge zahlen, dann müssen wir sie auch mitsprechend behandeln. Sie müssen dann fühlen, daß sie auf den Titel „Kamerad“ keinen Anspruch haben. So müssen wir sie zum Anschluß und zur Opferbringung erziehen.

Es wäre Wasser in die Saar getragen, wollte ich noch weitere Worte über die Gefährlichkeit einer großen Zahl Unorganisierter für die aufrechte Arbeiterschaft machen. Die Gefahr ist da, und wir haben die Pflicht, sie zu bannen. Wir bannen sie, wenn wir die Zahl der Unorganisierten mindern. Wie können wir das? Durch fleißige Werberarbeit, die jeder von uns vornehmen muß.

Die französische Kohlenwirtschaft im Jahre 1926

Steigende Förderziffern.

Die französische Eigenförderung an Kohlen steigt von Jahr zu Jahr. Wenn man auch die Förderung der lothringischen Gruben absetzt, so ist doch gegenüber der Vorkriegsförderung eine wesentliche Steigerung zu verzeichnen. In dieser Mehrleistung ist hauptsächlich das nordfranzösische Kohlenbecken, das in der Kriegszone lag, beteiligt. Auch die lothringischen Gruben trugen zur Mehrleistung bei. Gegenüber 1913 ist auch eine nicht unerhebliche Vermehrung der Belegschaft zu verzeichnen. Diese Vermehrung dürfte hauptsächlich durch ausländische Arbeiter erfolgt sein.

Die mittlere Tagesförderung und die Belegschaftszahl betrug:

Table with 3 columns: Year, Average daily production (to), and Workforce (to). Rows for 1913, 1923, 1924, 1925, 1926, and 1926 (December).

Die mittlere Tagesförderung vom Dezember 1926 überstieg die vom Jahre 1913 um 49 773 t, gleich 36,5 Prozent; die Belegschaftszahl vom Dezember 1926 die vom Jahre 1913 um 127 281, gleich 62,6 Prozent.

Die Förderung und Erzeugung im Jahre 1926 betrug in Frankreich (mit Einschluß von Lothringen):

Table with 4 columns: Month, Coal production (to), Coal (to), and Workforce (to). Rows for months from January to December 1926.

Table with 4 columns: Year, Coal production (to), Coal (to), and Workforce (to). Rows for years from 1926 to 1913.

Die Jahresförderung 1926 übersteigt die von 1913 um 11 633 754 to., gleich 28,4 Prozent. Rechnet man von der Mehrförderung im Jahre 1926 die Förderung der lothringischen Gruben von 3 323 658 t ab, dann verbleibt für die innerfranzösischen Gruben gegenüber 1913 immer noch eine Mehrförderung gegenüber 1913 von 8 310 096 to. Die Kriegsschäden, für deren Ausmerzung man mindestens 15 Jahre angab, sind nach dem Förderungsergebnis der nordfranzösischen Gruben längst geheilt. Ein Grund, die Saargruben noch weiterhin im Besitz zu halten, die ja als Ersatz für den Förderausfall der nordfranzösischen Gruben Frankreich übereignet wurden, besteht somit nicht mehr. Es wäre daher an der Zeit, die Konsequenzen ehrlich zu ziehen, und das Saargebiet nebst den Saargruben Deutschland zurückzugeben.

Die Einfuhr an Kohle

betrug 1926 15 402 828 to. gegen 18 306 417 to. in 1925 und 18 710 935 to. in 1913. Obwohl der Kohlenverbrauch in Frankreich gegenüber 1913 in die Höhe ging, ging die Kohleneinfuhr aus Grund der gesteigerten Eigenförderung zurück. Von seiner Förderung übersteigt Frankreich 1926 1 265 193 to. aus, gegen 1 500 000 to. 1913.

Die Entwicklung der französischen Kohlenwirtschaft zeigt das emsige Streben, sich möglichst unabhängig von ausländischer Kohle zu machen. Darin liegt auch der tiefere Grund des Vordringens vom französischen Boden in die deutsch-saarländischen Kohlenflöze. Leider findet dieses Streben die Unterstützung der Regierungskommission, die als Treuhänderin für Deutschland und das deutsche Saarvolk eingesetzt wurde.

Steigende Förderleistung im Saarbergbau

Die Förderleistung der Saarbergleute ist nach der Statistik der Grubenverwaltung in den Monaten Januar und Februar 1927 erheblich gestiegen. Sie betrug je Kopf und Schicht (auf die Gesamtbelegschaft errechnet) im Januar 724 und Februar 741 Kilo. Diese Förderleistung wurde seit Übernahme der Gruben durch Frankreich noch nicht erzielt. Die höchste Kopf- und Schichtleistung wurde bisher im Monat März 1924 mit 720 Kilo erzielt. Wenn wir den Monat August 1926, der in diesem Jahre die niedrigste Leistung aufweist, als Ausgangspunkt nehmen, so erhalten wir folgende Leistungsentwicklung:

Table with 2 columns: Month 1926, and Production (Kilo). Rows for August, September, October, November, December, January 1927, and February.

Gegenüber der Leistung im August 1926 ist die Leistung im Februar 1927 um 63 Kilo, gleich 9,2 Prozent gestiegen. Einen guten Teil der Kohlenpreiserhöhung machte somit die Leistungssteigerung wett. Wir vertreten daher nach wie vor die Meinung, daß die Bergwerksdirektion wohl in der Lage wäre, den Bergleuten für die Fetterschichten eine angemessene Vergütung zu gewähren.

Das Förderergebnis der beiden Monate:

Table with 5 columns: Month, State, Mine, Total, and Workforce. Rows for January and February, and a total row.

Von der Gesamtförderung der beiden Monate konnten 66 190 to. nicht abgefördert werden. Sie wurden auf die Halde gestürzt, deren Kohlenbestände Ende Februar mit 131 443 to. angegeben werden.

Zur Verlegung der St. Ingberter Bergleute

Besprechung

am 16. April auf der Bergwerksdirektion.

Die Bergwerksdirektion hatte für den 16. April zu einer Besprechung eingeladen. Herr Meyer von der Abteilung für Arbeiterfragen teilte den Organisationsvertretern mit, daß die Grube St. Ingbert 480 unterirdisch beschäftigte Bergleute nach Grube Jägerstunde verlegen müsse. Die Verwaltung habe drei Pläne aufgestellt.

Der erste Plan sehe vor, daß Familienväter mit mehr als vier Kindern nicht verlegt werden sollen; der zweite Plan sehe vor, daß die Bergleute geschlossen nach Ortschaften verlegt werden sollen und der dritte Plan sehe vor, eine prozentuale Verlegung aus allen in Frage kommenden Orten vorzunehmen.

Die Vertreter der Bergarbeiterorganisationen erklärten, in eine Debatte darüber, welcher Plan am besten sei, nicht eintreten zu können. Sie stünden noch immer auf dem Standpunkte, daß die Verlegung überflüssig sei. Bei einigermaßen gutem Willen könne die Grube St. Ingbert alle Bergleute weiterbeschäftigen. Von Neuanslegungen müsse allerdings Abstand genommen werden. Es gäbe auch noch eine Anzahl dort beschäftigter Berg-

leute, die in Eversberg, Spießen, Schnappach wohnen und schon oft den Antrag auf Verlegung nach einer anderen Grube gestellt hätten. Ihr Antrag sei stets abschlägig beschieden worden. Mit der Verlegung dieser Bergleute, die freiwillig auf eine andere Grube wollten, müßte es sein Bewenden haben. Die Bergarbeitervertreter gaben Herrn Meyer den Auftrag, dem Generaldirektor Desjane mitzuteilen, daß sie mit ihm persönlich in der Verlegungsfrage zu verhandeln wünschten. An diesen Verhandlungen solle auch der Leiter der Grube St. Ingbert teilnehmen.

Von den Arbeitsstätten der Kameraden

Grube Frankenholz. Eine Sitzung des Ausschusses vom 16. April beschäftigte sich mit den bisher durch den Tarifausschuss unerledigt gebliebenen Beschwerden. Von der Generaldirektion wird in den Beschwerdebefällen Eder, Bäckinger, Pfaff, Boder, denen gezeigte Schichten von dem zustehenden Urlaub abgehalten wurden, darauf hingewiesen, daß die Zahl dieser Schichten ungemein groß sei. Sie erklärte sich jedoch bereit, die so gekürzte Urlaubsschicht zu bezahlen. Die Beschwerde der Kameradschaft Tobi-Kübelberg auf Ausschlüssen des Mindestlohnes wurde dahin erledigt, daß die Generaldirektion den Lohn auf die Mindestgrenze erhöhte. Die gleiche Erledigung erfuhr die Beschwerde der Kameradschaft Ernst Groß. In gleicher Angelegenheit hatte sich die Kameradschaft Richter beschwert. Hier erfolgte eine Zulassung von 0,90 Fr. pro Schicht auf den Gehiltenlohn. Den Beschwerdeführern Otto Lehmann und Wilhelm Sorg, die wegen Kürzung ihres Urlaubes den Tarifausschuss angriffen, wird nachträglich eine Schicht vergütet. Dem Kameraden Stadler wird als Ersatz für Lohnausfall nach § 43 der Arbeitsordnung eine Schicht vergütet. In der Beschwerde des Kameraden Brauer konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Den Beschwerdeführern Kahler und Dornald wird eine Urlaubsschicht nachträglich vergütet.

Ausgesprochene Strafen über die Kameraden Pfl Jakob und Hermann Sorg und Otto Sorg werden aufgehoben. An ihrer Stelle tritt ein Verweis.

Grube Brefeld. Wenn eine Beschwerde über Lieferungs schlechter Deputatkohlen berechtigt ist, dann führt auf bester Grube. Nur Kohlen aus dem Tagesstollen kommen für den Landabfuhr in Frage. Verschiedene Umstände, wie nasses Gebirge, Gewinnung durch Schichten u. a. lassen eine reine Förderung nicht zu. Hauptsächlich dürfte zu niedriges Gedingat die Schuld tragen. So ist es vorgekommen, daß an Deputatkohlen mehr Berge abgegeben wurden als Kohlen. Für den sonstigen Landabfuhr werden die zu verabsorbierenden Wagen durch Abflößen ausgefüllt. Bei Verabfolgung von Deputatkohlen läßt man das nicht zu. Sie werden so geerdet, wie die Wagen aus dem Stollen kommen. Beschwerden blieben bisher fruchtlos. Sie wurden mit dem Bemerkten abgelehnt, die Bergleute gräben ja selbst solche Kohlen. Welche Umstände die Bergleute dazu zwingen, legt man natürlich nicht in Rechnung. Wenn nunmehr für die Lohne Deputatkohlen ein Dauerlohn als Preis genommen wird, müssen wir auch eine Befeuerung mit guten Kohlen verlangen.

Grube Altenwald. In der Ausschuhssitzung am 6. April wurde einstimmig folgende Entscheidung gefaßt:

„Die heute, am 6. April 1927, tagende Zusammenkunft der Ausschuh- und Sicherheitsmänner beider Richtungen der Grube Altenwald protestiert aufs schärfste gegen die Schreibweise der „Arbeiterzeitung“ und gegen die Flugblätter gegen den Kameraden König, er würde die Rechte seiner Kameraden nicht vertreten. Gerade das Gegenteil wird festgestellt und bekunden die Ausschuh- und Sicherheitsmänner geschlossen, daß König immer befreit war und ist, die Interessen der Kameraden von Grube Altenwald voll und ganz zu vertreten.“

Der gesamte Arbeiterausschuh der Grube Altenwald.

Tauschmann sucht Bauer Hil. Loh, Wildrod, Eigenheim Nr. 21, zur Verlegung von Grube Altenwald (Rav. Lohschacht) nach Grube Friedrichshald (Selene). Meldung beim Kameraden.

Herrn Bauer Joseph Göttert, Bedingen, Haus Nr. 263, zur Verlegung von Grube Dudweiler nach Grube Bessen oder Loufsenthal (einstrei ob auf Schacht Josepha, Rudolf oder Calmel). Meldung beim Kameraden oder dem Bezirksbüro Stauslautern.

Dankagung. Aus Anlaß des tödlichen Unfalles, den mein Mann zu Hause erlitt, veranstaltete die Belegschaft der Grube Camphausen eine Sammlung, die den schönen Betrag von 2940 Franken ergab. Allen Spendern, insbesondere den Sicherheitsmännern für ihre Tatkraft, sage ich an dieser Stelle herzlichsten Dank.

Frau Witwe Philipp Klant, Hilsbach.

Bekanntmachung

Der 17. Wochenbeitrag (Woche vom 17. bis 23. April) ist in dieser Woche fällig.

Für die Redaktion verantwortlich: F. Klefer. Vert. des Gewerkschaftsvereins: H. Bergarbeiter Deutschlands. Druck: Saarbrücker Druckerei und Verlag A. G.